

**Jahreskonferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
vom 19. - 21. Oktober 2022 in Hannover**

Beschluss

Ambulante psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass es allgemein zu lange Wartezeiten gibt auf psychotherapeutische Behandlung. Zudem bestehen zwischen städtischen und ländlichen Regionen erhebliche Unterschiede in der Versorgung.
2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass sich die langen Wartezeiten besonders negativ auf psychisch belastete und erkrankte Kinder und Jugendliche auswirken, da sie zu einer Verschlimmerung und Chronifizierung vorhandener Belastungen und Störungen führen können. Negative Folgen für den weiteren Lebens- und Bildungsweg der betroffenen jungen Menschen sind sehr real zu befürchten.
3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen den aktuellen Beschluss der GMK vom 6. Oktober 2022. Sie bitten den Bund angesichts besonderer Versorgungsbedarfe aufgrund psychischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie auch um schnelle gesetzliche Regelungen für eine kurzfristige Reduktion der Wartezeiten auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung.